



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 07.02.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 11.01.2022, 15:00 Uhr bis 17:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	SPD Liste
Herr Malik Karaman	SPD Liste
Herr Alparslan Babaoglu-Marx	SPD Liste
Frau Gönül Topuz	SPD Liste
Herr Turan Özküçük	SPD Liste
Frau Antonietta Abbruscato	SPD Liste
Frau Elizaveta Khan	Grün Offene Liste
Herr Ahmet Edis	Grün Offene Liste
Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Polnische-Deutsche Liste
Frau Vivian Berhane	Einzelbewerberin
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt
Herr Luca Paglia	Italia Integra
Frau Carine Weber	Kölner Verbund der Migrantenorganisationen
Herr Fardad Hooghoughi	Liberale Vielfalt
Herr Ali Esen	Liste GÜVEN
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Einzelbewerber
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Frau Claudia Brock-Storms	SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Isabella Venturini	Volt

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Metin Özsinmaz SPD-Liste

Beratende Mitglieder

Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Pröbß	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Wolfgang Uellenberg van Dawen	Runder Tisch für Integration
Herr Eli Abeke	Diakonisches Werk

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome	Stadtdirektorin der Stadt Köln
Herr Sören Schilling	Büroleiter und persönlicher Referent / Dez I
Bettina Baum	Amt für Integration und Vielfalt
Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Kommunales Integrationszentrum
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Frau Ulrike Willms	Ausländeramt
Herr Uwe Kaven	Ausländeramt
Herr Andreas Vetter	Geschäftsführung Integrationsrat
Frau Neslihan Arikan	Schriftführerin

Der Vorsitzende, Herr Keltek, eröffnet die Sitzung und begrüßt Frau Stadtdirektorin Blome, die zur Situation im Ausländeramt berichten wird.

Frau Baum stellt sich als neue Amtsleiterin des Amtes für Integration und Vielfalt vor.

Anschließend informiert Herr Keltek über die nachträglich aufgenommenen Tagesordnungspunkte.

- TOP 1.1 Beschlussvorlage ‚Integrationsbudget‘ - Verteilung der Finanzmittel
- zu TOP 3.4 Beantwortung der Rückfrage zu Weiterbildungsangebote für städtische Mitarbeitende
- zu TOP 3.7 Beantwortung der Anfrage zur Abfallentsorgung an der Homarstraße
- zu TOP 3.9 Beantwortung der Anfrage zum Empfang und Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Köln zu Ehren von Herrn Dr. Ugur Sahin und Frau Dr. Özlem Türeci
- TOP 3.11 Anfrage zur Einführung vegetarischer Tage in den Kantinen/ Verpflegungseinrichtungen der Stadt Köln
- TOP 3.12 Anfrage zur Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen sowie die Beantwortung dieser Anfrage
- TOP 4.1 Anfrage zum Internetauftritt der Stadtverwaltung / Übersetzung in mehrere Sprachen
- TOP 4.2 Anfrage zur Abschiebung einer lernbehinderten, schwangeren 16-jährigen nach Albanien

- TOP 4.3 Anfrage zur Impfsituation geflüchteter Menschen in Kölner Unterkünften sowie die Beantwortung dieser Anfrage
- TOP 4.4 Anfrage zur Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG)
- TOP 5.5 Mitteilung über die Zunahme von Zuweisungen von Geflüchteten
- TOP 5.6 Mitteilung zur Beantwortung einer Anfrage zu Bearbeitungsstand und Personalsituation im Ausländeramt
- TOP 8.3 Beschlussvorlage zur Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel“

Herr Keltek merkt an, dass der Wunsch geäußert worden sei, aufgrund des kurzfristigen Eingangs, die Vorlage 8.3 in der nächsten Sitzung erneut vorzulegen.

IRM Frau Abbruscato bittet, die Beantwortung 3.6 ebenso in der kommenden Sitzung zu behandeln.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gespräch mit Frau Stadtdirektorin Blome zur Situation im Ausländeramt

Frau Stadtdirektorin Blome beantwortet folgende im Vorfeld der Sitzung schriftlich an sie übermittelten Fragen des Integrationsrates.

Frage:

Wie sah das Coronaschutzkonzept des Ausländeramtes aus? Wurden die Kundenkontakte komplett zurückgefahren? Welche Konzepte sind zukünftig geplant? Gibt es auf den unterschiedlichen Leitungsebenen einen regelmäßigen Austausch darüber, inwieweit trotz coronabedingten Einschränkungen die Serviceleistungen bestmöglich im Sinne der Kundschaft aufrechterhalten bzw. optimiert werden können?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

Orientiert an den Vorgaben der Coronaregelungen des Landes und des Krisenstabes der Stadt Köln wurde die Ausländerbehörde in der Zeit vom 16.03. bis Anfang Mai 2020 komplett geschlossen. Für alle auslaufenden Aufenthaltstitel wurde eine sog. Coronabescheinigung mit einer Gültigkeit bis September 2020 versandt. Es wurden Verabredungen mit der Polizei und dem Jobcenter getroffen.

Im April 2020 wurde ein Hygienekonzept mit Abständen, reduzierten Wartezonen und Spuckschutzwänden u.a. abgestimmt, installiert und freigegeben. Für die zweite Maiwoche 2020 wurden wieder Termine zunächst für die dringlichsten Fälle z.B. mit verlorenen Unterlagen usw. vergeben. Ab Juni wurde das normale Termingeschäft aufgenommen und erweitert, da sich Spontanvorsprachen aus Hygienegründen (Menschengedränge) verboten. Ab Ende Dezember 2020 gab es erneut die Vorgabe für überwiegend verpflichtendes Homeoffice und eine Einschränkung der Begegnungen nicht nur in den Dienststellen sondern auch im öffentlichen Raum. Daher mussten die Termine wieder auf Nottermine umgestellt werden, abgewickelt im Zweischichtenbetrieb, damit die Handlungsfähigkeit der Behörde aufrechterhalten blieb. Mit den Impfungen für die Mitarbeiten-

den ab Mai 2021 wurden die Termine wieder nach und nach ausgeweitet. Tatsächlich waren aber tausende notwendige Termine für die Aufnahme von biometrischen Daten aufgelaufen, so dass diese als Rückstand definiert aufgearbeitet werden mussten. Die Bezirke wurden ab 15.07.2021 auf das „Zukunftslistenmodell“ umgestellt und die vorherigen Rückstände von einem zentralen Unterstützungsteam angepackt. Mit Hilfe anderer Bereiche in der Zentrale konnten im Zeitraum von Juni bis September 2021 z.B. zusätzliche 5.000 Termine für überwiegend die Übertragung von Niederlassungserlaubnissen in neue Pässe abgewickelt werden. Während dieses Zeitraumes wurden auch die Rückstände in den Bereichen der Zentrale (z.B. Asyl, Einbürgerung) sowie in den Bezirken (Innenstadt, Rodenkirchen, Lindenthal, Nippes und Chorweiler) ebenfalls aufgearbeitet

Die Mitarbeitenden für die Hotline waren und sind natürlich mit ihrem Einsatz ab Ende Juli 2021 mit kurzer Unterbrechung bis etwa März 2022 sehr hilfreich. Dadurch konnte die telefonische Erreichbarkeit für die vier Bezirke (Porz, Ehrenfeld, Kalk, Mülheim) sichergestellt werden. Über Listen werden die Anrufe im Nachgang über die Zentrale (dringende Fälle/Beschwerden) oder über die Bezirke abgearbeitet.

In jeweils zwei Jourfixe Terminen in der Woche wurde und wird von Beginn der Pandemie an ein enger Austausch mit allen Abteilungsleitungen gepflegt und die bestmögliche solidarische Umsetzung abgestimmt umgesetzt. Während des gesamten Zeitraumes sind bis heute die Mitarbeitenden wie die Kund*innen bestmöglich geschützt. Erkrankungen an Covid konnten dadurch auf ein absolutes Minimum reduziert werden.

Derzeit gibt es trotz steigender Inzidenzwerte keine Einschränkungen in der Terminvergabe, da das Hygienekonzept und die Impfungen (zusätzliches Boosterimpfangebot) wirken. Die Kolleg*innen in der Zentrale unterstützen abteilungsübergreifend temporär weiter die Bezirke.

Frage:

Die Arbeitssituation für die Mitarbeitenden im Ausländeramt ist aufgrund der hohen Rückstände belastend. Inwieweit ist der Einsatz einer ‚Schnellen Unterstützungsgruppe‘ mit Zusatzzahlung / Wochenendarbeit zum Abbau der Rückstände denkbar, um die Situation für die Mitarbeitenden auf 0-Stand zu bringen und damit die Arbeitszufriedenheit und -motivation zu erhöhen?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

Die Umstellung auf die „Zukunftsliste“ bietet einen guten Überblick auf die abzuarbeitenden Fälle und führt zu einer hohen Motivation bei den Mitarbeitenden, da diese nach Fallverteilung durch die Gruppenleitungen, die auslaufenden Titel bearbeiten und ihre geleistete Arbeit gut nachvollziehen können. Alle Bezirke sind mit dieser Zukunftsliste im Januar 2022 bis März 2022 angekommen (Zielsetzung mindestens drei Monate vor Ablauf). Es sind noch nicht alle Anträge bearbeitet, aber jede/-r Antragstellende sollte zumindest eine Fiktionsbescheinigung erhalten haben. Bis zu deren Ablauf (halbes Jahr) soll nach Prüfung des Antrages ein Vorsprachetermin zur Aufnahme der biometrischen Daten zugeschickt werden.

Die Rückstände fehlender Legitimationen der Ausländer*innen durch ausgelaufene Aufenthaltstitel oder ausgelaufene Fiktionsbescheinigungen sind bis auf vielleicht einzelne Fälle aufgearbeitet. Mit Besetzung der sechs vakanten Stellen in der Zentrale und temporärer zusätzlicher Unterstützung der Gruppenleitungen für die am stärksten betroffenen Bezirke, ist dies bis Ende 2021 gut gelungen. In eingehenden Beschwerdefällen wird diese Unterstützungsgruppe unverzüglich tätig. Die Beschwerden sind aus Sicht des Ausländeramtes deutlich zurückgegangen und beschränken sich inzwischen eher auf schwierigere Fallkonstellationen. Durch diesen Rückgang konnte die Unterstützungsgruppe jetzt

einen Zeitraum vom 15.01. bis 14.02.2022 aus der Zukunftsliste von Mülheim komplett übernehmen, damit dort offene Anträge abschließend bearbeitet werden können.

Frage:

Welche Rolle spielt Videotelefonie und auch das Videodolmetschen in der täglichen Kommunikation mit den Kund*innen (nicht zu verwechseln mit dem Einsatz von vereidigten Dolmetscher*innen bei rechtsrelevanten Verfahren) eine Rolle? Gibt es hierzu weitere Planungen?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

So das Ausländeramt rechtlich verpflichtet ist, ziehen die Kolleg*innen Dolmetscher hinzu; auf jeden Fall in Präsenz, da ein persönliches Gespräch mit Übersetzung eine andere Gesprächsatmosphäre bietet als Videotelefonie.

In den täglichen Kontakten wird Videotelefonie derzeit nicht eingesetzt. Auch hier wird das persönliche Gespräch bevorzugt. Die Ausländer*innen sind bei erheblichen Sprachbarrieren gehalten, jemanden mitzubringen, der hilft zu übersetzen.

Frage:

Wie ist der Stand der Einrichtung / Überarbeitung der Online Verfahren – Flüchtlingsrat und InHaus hatten hier dem Ausländeramt ihre Unterstützung zugesagt?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

Neben dem schon eingestellten Verlängerungsantrag, den überarbeiteten automatischen Antworten, den Informationsschreiben und den FAQs ist das Ausländeramt derzeit – abhängig von den Vorgaben des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) – mit dem Land Brandenburg und dem städtischen Amt für Informationsverarbeitung in einem vom Bund geförderten Onlineprojekt fachlich involviert.

Eine Produktivsetzung, beispielsweise in der Einbürgerung, scheiterte bisher an den technischen Schnittstellen. Die technische Umsetzung für alle Bereiche kann noch nicht in Aussicht gestellt werden. Aktuell wird mit der städtischen Onlineredaktion die Verbesserung des Online-Kontaktformulars abgestimmt, damit die zu zuordnenden Anliegen besser in die jeweiligen Postfächer geleitet werden können.

Die Unterstützungsangebote werden gerne angenommen. Die Einladung erfolgt in Kürze.

Frage:

Inwieweit können die weiterhin in der Kritik stehenden Bezirksausländerämter in Kalk, Mülheim und Nippes sehr kurzfristig unterstützt werden?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

Es geht hier um die Bezirksausländerämter Kalk, Mülheim, Ehrenfeld und Porz (siehe Bericht zu obiger Frage 2).

Die Rückstände fehlender Legitimationen der Ausländer*innen durch ausgelaufene Aufenthaltstitel oder Fiktionsbescheinigungen sind – bis auf vielleicht einzelne Fälle – aufgearbeitet.

Die angeschriebenen Personen mit ausgelaufenen Titeln nach der Zukunftsliste:

- Ehrenfeld – Mitte Februar 2022
- Porz – Anfang März 2022
- Kalk – Mitte Januar 2022
- Mülheim (mit der Unterstützung des zentralen Teams) jetzt bei Mitte Februar 2022)

Mit der weiteren, konsequenten Bearbeitung der Anträge werden die wiederholt ausgestellten Fiktionsbescheinigungen (gültig für ein halbes Jahr) ersetzt und damit auch die

erforderlichen Vorsprachen weniger, da die Aufenthaltstitel in der Regel zwei Jahre erteilt werden.

Das zentrale Unterstützungsteam wird - wie beschrieben - die Anträge auf Niederlassungserlaubnisse und komplizierten Fälle und andere Rückstände wie Datenbereinigung usw. abarbeiten.

Frage:

Im Haushalt 2022 sind 60.000 € zur Erarbeitung eines Konzeptes zur Weiterentwicklung der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde vorgesehen. Welches Selbstverständnis hat ein Ausländeramt Köln heute und was sind Grundgedanken an die Erarbeitung dieses Konzeptes zur Weiterentwicklung in Richtung einer Willkommensbehörde?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

In Köln leben derzeit 220.000 Menschen ohne deutschen Pass. Über 90% verfügen über einen gesicherten Aufenthaltsstatus, bei etwas mehr als 20.000 Personen ist der Status ungeklärt.

Der Auftrag des Ausländeramtes ist es, die gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltes und der Einbürgerung auf die in Köln lebenden Menschen anzuwenden. Dies beinhaltet seit der umfassenden Reform des Ausländerrechts von 2005 nicht mehr nur ordnungs- sondern auch gesellschaftspolitische Aufgaben, von Einreiseverfahren angefangen über die kommunalen Aufgaben im Asylverfahren, die Bearbeitung der ausländerrechtlichen Fragen der Menschen mit sicherem Aufenthaltsstatus, die Prüfung von Duldungsgründen und Bleiberechtsansprüchen bis hin zur Beratung zur freiwilligen Rückkehr oder Durchführung von Abschiebungen.

Wir wollen

- professionellen Service für in Köln lebende Menschen leisten,
- dauerhafte Bleibeperspektiven für Menschen schaffen, die sich integrieren wollen und können und
- Gefährder, (Intensiv)Straftäter und Integrationsverweigerer konsequent zurückführen.

Unter professionellem Service verstehen wir eine qualifizierte Dienstleistung, die dem Einzelfall gerecht wird, zu einer einheitlichen und ergebnisorientierten Entscheidungspraxis führt und sich zudem durch einen unvoreingenommenen, respektvollen und offenen Umgang mit den Kundinnen und Kunden auszeichnet. Unsere Entscheidungen ergehen auf der Grundlage hoher fachlicher Kompetenz und berücksichtigen alle für den Einzelfall bedeutsamen Aspekte.

In der täglichen Praxis arbeiten wir von der ersten Kontaktaufnahme mit den Menschen auf eine aufenthaltsrechtliche sinnvolle Lösung des Einzelfalles hin. Wir versuchen, die persönliche Situation zu erfassen und weisen darauf hin, welche Bedeutung die geklärte Identität, das Erlernen der deutschen Sprache, die Sicherung des Lebensunterhalts durch schulische oder berufliche Ausbildung oder die Ausübung eines Berufs sowie die Integration in die Gesellschaft haben.

Zwischen dem Ausländeramt und dem Amt für Integration und Vielfalt sind in den kommenden Wochen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten sowie die hierfür benötigten Ressourcen abzustimmen, damit eine zielführende Bearbeitung der Thematik erfolgen kann.

Frage:

Inwieweit wird die globalisierungsbedingte Zuwanderung als eine Möglichkeit auch für Köln gesehen dem Arbeitskräftemangel zu begegnen, bzw. die vom Rat der Stadt wiederholt geäußerte humanitäre Solidarität zu zeigen? Findet dies einen konzeptionellen

Niederschlag z.B. in der Ausweitung von Beratungsangeboten und sonstigen Hilfestellungen für die Kund*innen?

Frau Stadtdirektorin Blome bitte das Amt für Integration und Vielfalt, Frau Baum, diese Frage zu beantworten.

Die Verwaltung, Frau Baum informiert, dass die Stadt Köln mit dem Amt für Integration und Vielfalt auch im Querschnitt in den Bereichen Bildung und Arbeit für Neuzugewanderte und Geflüchtete aktiv sei, um Arbeitsmarkt und Ausbildungschancen hinsichtlich der Anerkennung von Schul- oder Berufsabschlüssen zu verbessern.

Darüber hinaus habe sich die Stadt Köln mit ihrer Mitgliedschaft im Städtebündnis „Sichere Häfen“ einer humanitären Geflüchtetenpolitik verpflichtet.

Frau Oberbürgermeisterin Reker habe sich im Nachgang zu den bisherigen Ratsbeschlüssen jeweils für die Aufnahme Geflüchteter in der Stadt Köln stark gemacht und dies gegenüber dem Bundesinnenministerium sowie dem Landesintegrationsministerium in verschiedenen Schreiben deutlich gemacht.

Frage:

Gibt es beim Ausländeramt Erfahrungen mit dem Einsatz der Familiensprachen der Mitarbeitenden mit internationaler Familiengeschichte bei erklärenden Kund*innengesprächen? Sehen Sie hier ein Potential und eine Möglichkeit diese Gespräche zu beschleunigen und Gesprächsatmosphären zu verbessern?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

Mitarbeitende mit internationaler Geschichte arbeiten aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit gerne im Ausländeramt, haben sich bei uns deshalb bewusst beworben und sind hier herzlich willkommen. Oftmals ist die Mehrsprachigkeit hilfreich und wird auch unter den Kolleg*innen im Einzelfall zur Unterstützung bei Sprachbarrieren genutzt. Die Gesprächsatmosphäre ist grundsätzlich von Wertschätzung und Respekt geprägt – egal in welcher Sprache! Das gehört zu den Amtszielen und wird so u.a. in Teamgesprächen auch vermittelt.

Frage:

Wie ist der Stand der Organisationsüberprüfung? Wann wurden die Fallzahlen zur Sachbearbeitung durch die Mitarbeitenden zuletzt festgelegt – wann ist mit einer Neufestlegung zu rechnen? Wann wird die gesamte Organisationsüberprüfung abgeschlossen sein?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

Durch die beschriebenen flankierenden Maßnahmen zur Rückstandsauflösung (siehe Fragen I. 2 und 4) ist ein Zeitfenster geschaffen, damit die organisatorische Betrachtung auf die Fallkonstellationen nach ihren rechtlichen Grundlagen abzielen kann. Die Prüfung der zu optimierenden Abläufe spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Dauer der Bearbeitung je nach rechtlicher Grundlage. Ziel ist es für die Zukunft Geschäftsprozesse zu optimieren, digitale Möglichkeiten auszuschöpfen bzw. zu entwickeln und eine auskömmliche Personalressource für die zu bewältigenden Fallzahlen bereit zu halten. Dabei spielt auch der Servicegedanke eine wesentliche Rolle, bei Überlegungen zu Terminangeboten, telefonische Erreichbarkeit, Emailsteuerungen u.v.m.

Die Hotline leistet für die telefonische Erreichbarkeit sehr gute Dienste. Es bleibt organisatorisch zu klären, ob diese zentral beim Ausländeramt mit zusätzlichen Vorarbeiten für die Sachbearbeiter*innen letztlich aufgebaut wird oder zum Bürgertelefon gegeben wird.

Frage:

Halten Sie die Bezahlung der Mitarbeitenden in der Ausländerbehörde mit EG 8 bzw. EG9 angesichts der Verständigungsschwierigkeiten und oftmals seitens der Kund*innen als unbefriedigend oder negativ wahrgenommenen Entscheidungen, noch für angemessen? Gibt es Möglichkeiten einer Verbesserung der Bezahlung und damit höheren Attraktivität der Stellen durch eine Änderung der Stellengestaltung, verbunden mit einer besseren Bezahlung? Ist die in vergleichbaren Arbeitsfeldern wie z.B. bei der Leistungsgewährung nach dem AsylbLG praktizierte bessere Bezahlung der Sachbearbeitenden auch auf das Ausländeramt übertragbar?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

Die Klärung der Eingruppierung wird Bestandteil der organisatorischen Betrachtung werden und richtet sich grundsätzlich nach der Verantwortlichkeit und den Ansprüchen der Aufgabeninhalte.

Frage:

Die Mitarbeitenden im Ausländeramt haben z.B. aufgrund der Sprachbarrieren und komplexen ausländergesetzlichen Vorgaben schwierige Arbeitssituationen? Gleichzeitig gibt es eine jahrealte gesellschaftliche Diskussion über Vorbehalte gegenüber Migrant*innen. Inwieweit gibt es hier regelmäßige Fortbildungsangebote bzw. Supervision, um berufliches Handeln reflektieren zu können und weiterhin einen gleichbleibenden freundlichen Service anzubieten?

Die Verwaltung / Frau Stadtdirektorin Blome berichtet:

Es gibt grundsätzlich keine Vorbehalte gegenüber Migrant*innen. Es kann gerne bei den zahlreichen Kolleg*innen mit Migrationshintergrund nachgefragt werden.

Mit Verweis auf die Amtsziele, die Vorbildfunktion der Vorgesetzten, als Thema auch in Jourfixe Terminen und in Workshops ist dieses Thema beim Ausländeramt viel beachtet. Zusätzlich sollen spezielle Schulungen (wegen der Pandemie derzeit nur fachliche Schulungen online) zu dieser Thematik aufgelegt werden.

IRM Herr Özküçük findet die Aussage in einer Mitteilung des Ausländeramtes, dass Termine im Ausländeramt seitens der Bürger*innen nicht wahrgenommen würden, sehr kritisch und nicht glaubhaft. Das Ausländeramt sei für viele Menschen eine existenzielle Behörde und Termine würden sehr ernst genommen. Er äußert den Wunsch, dass das Ausländeramt künftig durch die Amtsleitung in den Sitzungen des Integrationsrates vertreten sein solle, um Probleme aufzuarbeiten und gegenseitiges Vertrauen sowie Verständnis zu schaffen.

IRM Herr Edis merkt an, das es in diesem Prozess zur Optimierung der Situation im Ausländeramt offensichtlich zwei sehr unterschiedliche Wahrnehmungen gäbe. Seitens des Ausländeramtes werde sowohl in schriftlicher als auch in mündlicher Form kundgetan, dass viele Vorgänge gut funktionierten – die Rückmeldungen von Trägern und auch persönliche Erfahrungen aus Gesprächen mit Betroffenen würden die Situation völlig gegenteilig darstellen. Der Integrationsrat müsse deshalb künftig dafür Sorge tragen, dass die Menschen bei Vorsprache im Ausländeramt den benötigten Service erhielten und offensichtlich bestehende Optimierungsbedarfe ermittelt und umgesetzt würden.

Herr Edis schlägt vor, einen Workshop mit dem Ausländeramt, dem Amt für Integration und Vielfalt und dem Integrationsrat durchzuführen, um gemeinsam über mittel –bis langfristig umzusetzende Maßnahmen zu beraten, wie sich das Ausländeramt künftig aufstellen könne, um so die Entwicklung zur geplanten Willkommensbehörde und damit zu verbesserter Serviceleistung voranzutreiben.

IRM Frau Berhane möchte bezüglich der Weiterentwicklung des Ausländeramtes wissen, ob bereits im Rahmen des Reformprojekts strategische Zielformulierungen gesetzt worden seien.

Des Weiteren bittet sie um Information, wie aktuell eine Prüfung von Niederlassungserlaubnissen hinsichtlich der Vorgaben des BAMF aussähe und wie viele afghanische Ortskräfte in Köln aufgenommen worden seien und wie sich ihre Lebenssituation darstelle.

Das beratende Mitglied Herr Prölß wünscht aufgrund der unterschiedlich wahrgenommenen Perspektiven ein Gespräch der Flüchtlingsberatungsstellen mit dem Ausländeramt. Zu dem Punkt „Respektvoller und wertschätzender Umgang“ bittet Herr Prölß dringlich darum, dieses Thema in der Abteilung Rückkehrmanagement deutlich zu machen.

Frau Stadtdirektorin Blome erklärt zu der in einer Mitteilung gemachten Aussage über nicht wahrgenommene Termine beim Ausländeramt, dass eine Unterstellung nicht beabsichtigt gewesen sei und sagt zu, zukünftig auf sensiblere Formulierungen zu achten. Die Idee eines gemeinsamen Workshops wird von ihr begrüßt.

Zieleformulierungen zum Reformvorhaben in der Ausländerbehörde könne sie derzeit nicht benennen. Hier müssten zuerst gemeinsam mit dem Amt für Integration und Vielfalt Schnittstellen und Abgrenzungen festgelegt werden.

Zur Frage der Ausgestaltung von Niederlassungserlaubnissen und Vorgaben des BAMF wird eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Generell stehe das Ausländeramt selbstverständlich für Gespräche mit den Flüchtlingsberatungsstellen zur Verfügung.

Das beratende Mitglied, Eli Abeke, betont die Wichtigkeit einer wertschätzenden Serviceleistung, um den Integrationsprozess positiv zu beeinflussen. Begrifflichkeiten wie z. B. „Ausländer*innen“ seien hinderlich für ein gesellschaftliches Zusammenwachsen. Zugewanderte Menschen würden zudem mit ihren Qualifikationen einen wichtigen wirtschaftlichen Beitrag für die Stadt leisten.

Das beratende Mitglied, Herr Uellenberg van Dawen, regt an, das Thema der Digitalisierung zum Gegenstand eines Workshops zu machen. Hier solle überprüft werden, wie viele Kund*innen mit dem Verfahren umgehen können, um Terminproblemen und Missverständnissen entgegenzuwirken.

RM Frau Yazicioglu möchte wissen, inwiefern die Ausweitung des Personals bei der Ausländerbehörde im Falle einer erneuten Pandemiewelle möglich ist und ob es seitens der Politik Unterstützungsbedarf gäbe. Auch bittet sie um eine Erläuterung, inwieweit die Ausländerbehörde vorausschauend planen könne, um pandemiebedingte schwierige Situationen zu verhindern.

Die Verwaltung, Frau Stadtdirektorin Blome teilt die Auffassung, dass das die Mitarbeitenden des Ausländeramtes serviceorientiert und respektvoll auftreten müssen.

Zur Frage der Arbeit unter erneuten pandemischen Bedingungen sei es aktuell schwierig eine Aussage zu machen, da bislang nicht detailliert geprüft werden konnte, wo noch Bedarfe bestünden. Sie bittet hier um Verständnis und ist dankbar über jeden Input und Unterstützungsangebot.

Zur Digitalisierung informiert Frau Blome, dass derzeit 40 % der Vorgänge digital abgewickelt würden. Vorgänge, wie z. B. die telefonische Erreichbarkeit, Versand von Formularen, mehrsprachige Informationsvermittlung würden gleichzeitig analog optimiert, um Menschen, die keinen digitalen Zugang haben, nicht zu benachteiligen.

Für das Ausländeramt sollten fundierte Grundlagen geschaffen werden, um künftig Arbeitsprozesse mit einer angemessenen Personalausstattung gut bewältigen zu können.

IRM Frau Khan bezieht sich auf den Quartalsbericht des Ausländeramtes, in dem beschrieben wurde, dass nicht alle Menschen über das Onlineverfahren zur Antragsverlängerung informiert seien und stattdessen den persönlichen Kontakt suchten, um z.B. einen Verlängerungsantrag zu stellen. Diese Aussage sei verwirrend, da auf der Webseite des

Ausländeramtes explizit dazu aufgefordert werde, sich vorab erst zu informieren, ob ein Termin benötigt werde.

Des Weiteren fragt Frau Khan, was mit in Anbetracht der Arbeitsrückstände mit den Fiktionsbescheinigungen passiere, die Ende Januar auslaufen würden.

Sie bittet darum die FAQs des Ausländeramtes in mehreren Sprachen zu übersetzen und im Netz direkt auf der Startseite des Ausländeramtes zu hinterlegen.

Zudem stellt Frau Khan die Frage, wann neue Termine zur Einbürgerung vergeben würden und beschreibt, dass das BAMF zurückgemeldet habe, dass keine Fiktionsbescheinigungen mehr zur Zulassung zu den Kursen akzeptiert würden. Sie bittet das Ausländeramt diesbezüglich um entsprechende Kontaktaufnahme mit dem BAMF.

RM Frau Brock-Storms bittet, den Bericht von Frau Stadtdirektorin zur Niederschrift zu nehmen und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) sowie dem Ausschuss für Soziales und Senior*innen zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung, Frau Willms, beantwortet die verschiedenen Nachfragen und führt aus, dass zur Übersetzung der FAQs in mehrere Sprachen, Gespräche mit den zuständigen Ämtern geführt würden.

Sie informiert zu den ablaufenden Fiktionsbescheinigungen, dass im Normalfall die Bescheinigungen bzw. der Hinweis zum Verlängerungsantrag den betroffenen Menschen automatisch zugestellt werde. Sie bietet an, dringliche Fälle wieder direkt an sie zu richten.

Zur Aufarbeitung der Rückstände sei bereits ein Antrag auf Einführung von Samstagsarbeit gestellt worden.

Bzgl. der Einbürgerungen informiert Frau Willms, dass fast 5.000 Anträge vorlägen und alles unternommen werde, um mehr Termine anbieten zu können.

Insgesamt wurden 123 Ortskräfte afghanischen Ortskräfte (28 Familien) in Köln aufgenommen und an unterschiedlichen Standorten untergebracht worden.

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

1.1 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in 2022 3815/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt für das Jahr 2022 die in der Anlage dargestellte Verteilung des „Integrationsbudget“ in einer Gesamthöhe von 671.055 € brutto für das Haushaltsjahr 2022.

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 671.055 € brutto wurden im Haushaltsplan 2022 ff. im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagt und stehen zur Verfügung.

Zusätzlich wird ein Anteil von 200.000 € in der Bewirtschaftung von der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in die Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umgebucht und dort entsprechend bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei einer Gegenstimme

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen

**3.1 Rückfrage zur Beantwortung der Anfrage zur Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen
AN/2052/2021**

**Beantwortung der Rückfrage zur Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen
4010/2021**

Die Vorlage wird zurückgestellt und soll in der nächsten Sitzung erneut vorgelegt werden.

**3.2 Rückfrage zur Beantwortung der Anfrage "Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen"
AN/2049/2021**

**Beantwortung der Rückfrage zum "Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen"
3540/2021**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.3 Rückfrage zur Beantwortung der Anfrage zur Auflösung von Sammelunterkünften
AN/2048/2021**

**Beantwortung der Rückfrage zur Auflösung von Sammelunterkünften
3854/2021**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.4 Rückfragen zur Beantwortung der Anfrage "Weiterbildungsangebote für städtische Mitarbeitende zu Rassismuskritik und Diversitätssensibilität"
AN/2050/2021**

**Beantwortung der Rückfrage zu Weiterbildungsangebote für städtische Mitarbeitende zu Rassismuskritik und Diversitätssensibilität
3452/2021**

IRM Frau Khan bittet um Information darüber, ob Mitarbeiter*innen des Ausländeramtes ebenso von den Weiterbildungsangeboten Gebrauch machen können.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.5 Anfrage zur Aufholen nach Corona – Nachholprogramme für pandemiebedingte Lernrückstände
AN/1662/2021**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**3.6 Anfrage zum Bericht Nationalitäten und Sprachen in Köln
AN/2054/2021**

**Beantwortung der Anfrage „Nationalitäten und Sprachen in Köln“
(AN/2054/2021)
0097/2022**

Die Vorlage wird zurückgestellt und soll in der nächsten Sitzung erneut vorgelegt werden.

IRM Frau Abbruscato bittet, die Beantwortung ebenso dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen.

**3.7 Anfrage zur 2G Regelung in Köln
AN/2321/2021**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**3.8 Anfrage zur Abfallentsorgung an der Homarstraße
AN/0263/2021**

Die Verwaltung wird gebeten, die Beantwortung der Anfrage nochmal zu überarbeiten.

IRM Herr Özküçük merkt an, dass die erste Frage nicht vollständig beantwortet sei. Er bittet konkret um Nennung der Wochentage. Zudem sei auf dem Foto zu erkennen, dass es sich um Sperrmüll handele, denn Haus- bzw. Restmüll könne sich nicht in so kurzer Zeit anhäufen. Herr Özküçük möchte zu dem in der Antwort beschriebenen Bußgeldverfahren gegen den Grundstückseigentümer einen entsprechenden Nachweis vorgelegt bekommen.

**Beantwortung der Anfrage zur Abfallentsorgung an der Homarstraße
4151/2021**

Die Verwaltung wird gebeten, die Beantwortung der Anfrage nochmal zu überarbeiten.

**3.9 Anfrage zum Empfang mit Dr.Türeci und Dr. Sahin
AN/1996/2021**

**Beantwortung der Anfrage zum Empfang und Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Köln zu Ehren von Herrn Dr. Ugur Sahin und Frau Dr. Özlem Türeci am 17. September 2021, zudem Frage zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde an beide - AN1996/2021, AN 0631/2021, AN 0646/2021
0101/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.10 Rückfragen zur Beantwortung der Anfrage "Partizipation migrantischer Einrichtungen an den Mitteln, die im Jugendhilfeausschuss vergeben werden"
AN/2051/2021**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**3.11 Anfrage: Einführung vegetarischer Tage in den Kantinen/Verpflegungseinrichtungen der Stadt Köln
AN/1126/2021**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**3.12 Anfrage zur Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen
AN/2380/2021**

**Beantwortung der Anfrage von "Grün offene Liste" (GOL) zur Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen
0003/2022**

Die Vorlage wird zurückgestellt und soll in der nächsten Sitzung erneut vorgelegt werden.

4 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

**4.1 Anfrage zum Internetauftritt der Stadtverwaltung
Übersetzung in mehrere Sprachen
AN/2706/2021**

**4.2 Abschiebung einer lernbehinderten, schwangeren 16-jährigen nach Albanien
AN/0017/2022**

**4.3 Impfsituation geflüchteter Menschen in Kölner Unterkünften
AN/0018/2022**

**Beantwortung zur Impfsituation geflüchteter Menschen in Kölner Unterkünften
0074/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.4 Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG)
AN/0020/2022**

5 Mitteilungen

**5.1 Beschaffungen von Erstausrüstungen und Ersatzbeschaffungen von Hausrat bei Geflüchteten in den Unterbringungseinrichtungen des Amtes für Wohnungswesen
3821/2021**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.2 34. Bericht zur Situation Geflüchteter
3833/2021**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.3 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Neusser Landstraße 117, 50769 Köln-Fühlingen - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 25 I Nr. 2 KomHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung
2897/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.4 Quartalsbericht über die weiteren Entwicklungen im Ausländeramt 3.Quartal 2021
3946/2021**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.5 Zunahme von Zuweisungen von Geflüchteten 2021 und 2022
Ressourcenplanung der Unterkünfte
4352/2021**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.6 Mitteilung zur Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen, der CDU Fraktion, der Volt Fraktion zu Bearbeitungsstand und Per-
sonalsituation im Ausländeramt (AN/2199/2021)
3839/2021**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

7 Berichte

7.1 Berichte der Sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

**8.1 Entsendung eines Mitglieds des Integrationsrates in den Runden Tisch für
Flüchtlingsfragen
4266/2021**

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt, Frau Carine Weber als Mitglied und Herrn Luziano Gonzalez Tejon als stellvertretendes Mitglied in den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**8.2 Verteilung der Fördermittel 2022 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
3740/2021**

IRM Herr Edis betont, dass es wichtig sei, die Zugänge so zu gestalten, dass alle Kölner Senior*innen von den Angeboten der Stadt Gebrauch machen können und möchte wissen, welche Maßnahmen seitens der Verwaltung hierfür entwickelt wurden.

Die Verwaltung, Frau Kremer-Buttkereit, verweist hierzu auf das vom Land geförderte Projekt „Guter Lebensabend NRW“, an dem die Stadt Köln teilnehme. Im Rahmen dieses Projektes werde überprüft, welche Bedarfe es noch gebe, um die

Zugänge und Strukturen zu befähigen, sich für die gesamte Stadtgesellschaft und damit auch für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte zu öffnen.

RM Herr Erkelenz merkt an, dass die Arbeit der SeniorenNetzwerke ein wichtiges Ehrenamt sei und wesentlich zur Integration von Senior*innen in unserer Gesellschaft beitrage. Er begrüßt den Beschluss zum weiteren Ausbau der Seniorennetzwerke.

RM Frau Klimaszewska-Golan weist auf die sprachlichen Barrieren bei der älteren Generation hin und sieht weiterhin den Bedarf an Informationen in Papierform.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt, von dem im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Zeile 15, Transferaufwendungen, für das Haushaltsjahr 2022 veranschlagten Teilansatz „Z für Seniorennetzwerke, Offene Altenarbeit und Seniorenkoordination“ einen Teilbetrag von 1.670.871,00 € sowie einen Teilbetrag von 714.897,76 € aus dem Teilansatz „strategisches Leitprojekt ‚Weiterentwicklung des Seniorenpaketes‘“, damit insgesamt 2.385.768,76 €, wie in Anlage 1 und 2 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

8.3 Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel – bürger*innen- und sozialraumorientierte Zusammenarbeit in Köln“ 4270/2021

Die Vorlage wird zurückgestellt und soll in der nächsten Sitzung erneut vorgelegt werden.

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

IRM Frau Klimaszewska-Golan fragt, unter welchen Aspekten die Statistik zur Verteilung verschiedener Nationalitäten im Stadtgebiet im Bericht „Nationalitäten in Köln“ 10/2021 erhoben wurde. Die Angabe zur Zahl der in Köln lebenden Polinnen und Polen mit 8.767 Menschen entspreche nicht ihrem Kenntnisstand.

Gez. Arian
Schriftführerin